

Pressemeldung WN vom 4.3.17:

„Wir wollen nicht als Bittsteller auftreten“

Mehr Geld für die Jugendarbeit: Gemeinde gleicht Steigerung durch Tarifierhöhung aus

Wie viel darf die vom Verein „Ökumenischer Jugendtreff“ geleistete offene Jugendarbeit kosten? Und in wie weit ist die Gemeinde Senden in Zukunft bereit, finanzielle Defizite auszugleichen? Um diese Fragen drehte sich am Donnerstagabend eine Diskussion im Sozialausschuss.

Ausgelöst wurde die Debatte durch einen Antrag des Ökumenischen Jugendtreffs, den der Vorsitzende, Pfarrer Stefan Benecke, und Geschäftsführer Andreas Dötsch vortrugen. Darin wird die Gemeinde gebeten, das in 2016 entstandene Defizit von 15539 Euro auszugleichen und den jährlichen Zuschussbetrag von 145000 Euro um 15550 Euro zu erhöhen, um kostendeckend arbeiten zu können. Im Wesentlichen seien die Mehrkosten durch tarifliche Steigerungen der Personalkosten bei den fünf pädagogischen Mitarbeitern entstanden, die sich vier Vollzeitstellen teilen.

„Wir leisten die Jugendarbeit stellvertretend für die Kommune und tun dies sehr gerne. Wir wollen aber nicht als Bittsteller auftreten“, wies Benecke darauf hin, dass nicht zuletzt durch die ehrenamtliche Vorstandsarbeit der Gemeinde Aufwand und Kosten erspart würden.

Alfons Hues (CDU) erkannte die „hervorragende Arbeit“ an, wollte aber „im Sinne des Steuerzahlers“ keine automatisierte jährliche Zuschussanpassung akzeptieren. Ebenso wie Hues plädierte auch sein Fraktionskollege Gerd Gebauer mit Blick auf andere freiwillige Leistungen der Gemeinde auf eine künftige Kostendämpfung.

Achim Peltzer (SPD) zeigte sich für eine Dynamisierung mit Kostenaufstellung grundsätzlich offen. Allein die Tarifierhöhungen rechtfertigten solche Erhöhungen. Wolfgang Dropmann (Grüne) sah eine Erhöhung des Zuschussbetrages allein schon aufgrund des gewachsenen Aufwandes durch die Aufsuchende Jugendarbeit und die Arbeit mit Flüchtlingskindern als gerechtfertigt an.

„Wir waren immer froh in der Verwaltung, dass der Verein uns Aufgaben abgenommen hat“, trat auch Bürgermeister Sebastian Träger für den Ökumenischen Jugendtreff in die Bresche. Er schlug vor, dass die Kostenaufstellung des Vereins für das Folgejahr nicht nur beim Kreis, sondern auch bei der Gemeinde schon im November des Vorjahres eingereicht wird. Diesem Vorschlag folgte der Ausschuss einstimmig bei einer Enthaltung (UWG) und bewilligte die vom Verein beantragten Zuschüsse.